

Erklärung des Vorstands von
Essen steht AUF
zum NRZ-Artikel
„Schwarz-gelb getarnt und aufgeblüht“
vom 19.08.09



24. August 2009

Plumper Antikommunismus – getarnt als „seriöser Journalismus“

Mit missionarischem Eifer versucht NRZ-Lokalredakteur W. Kintscher wie schon zur Kommunalwahl 2004, vor *Essen steht AUF* als angeblicher „Tarnorganisation“ der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) zu warnen. Dafür hat er am 10.8. sogar die Fünf-Jahresfeier der Essener Montagsdemo für ein paar Minuten besucht. Ergebnis dieser flüchtigen Recherche: „Überparteilich nennen sich (...) Demo wie Wählerbündnis, aber wer sich nur ein bisschen Mühe macht, Namen und Akteure zu vergleichen, weiß, dass Montagsdemo und „Essen steht AUF“ im Wesentlichen so was wie getarnte Tummelplätze für die Marxistisch-Leninistische Partei MLPD sind.“ (NRZ, 19.08.09)

W. Kintscher hat sich überhaupt keine Mühe gemacht, sondern betreibt eine politisch motivierte Taktik: Erst Totschweigen, wie in allen Essener Medien, insbesondere des WAZ-Konzerns. Dann bewusste Ausgrenzung und Verleumdung. Auf Kritik und Nachfrage hin gab er an, nur Parteien, die bei der letzten Kommunalwahl mindestens 2,7 % der Stimmen hatten, werden in der regulären Berichterstattung zur Kommunalwahl berücksichtigt. Diese persönliche Sperrklausel ist eine undemokratische Anmaßung und Zensur: Bei weniger Prozenten erfährt man eine „Sonderbehandlung“. Wobei diese für *Essen steht AUF* besonders drastisch ausfällt. Offen verweigerte er den Abdruck unserer Pressemitteilungen. Selbst über die faschistische NPD berichtete er am 22. August sachlich und distanziert und ohne sich auch nur mit einem Wort inhaltlich mit deren Hetze auseinanderzusetzen.

Warum sind wir Herrn Kintscher so ein Dorn im Auge, dass er selbst einfachste journalistische Grundsätze missachtet? Die als soziales Gewissen der Stadt anerkannte und im Lauf von fünf Jahren von vielen hunderten Menschen getragene Montagsdemo als „getarnten Tummelplatz“ zu diffamieren, ist nur mit tief sitzendem Antikommunismus zu erklären. Sein einziges „Argument“ gegen *Essen steht AUF* ist die Behauptung, wir seien eine Tarnorganisation der MLPD. Das ist so offensicht-

lich unwahr, dass man sich fragt, für wie dumm Kintscher eigentlich die Menschen hält. Sowohl die Montagsdemo als auch *Essen steht AUF* sind ein „Tummelplatz“ für parteilose, aber auch Menschen verschiedenster parteipolitischer Richtung. Tatsächlich tritt die MLPD schon immer und mit einem eigenen Infostand offen auf der Montagsdemo in Erscheinung. Die Mitarbeit von MLPD-Mitgliedern in *Essen steht AUF* ist eine anerkannte Selbstverständlichkeit. Mit ihrem Einsatz und know-how haben sie wesentliche Beiträge zu unserer erfolgreichen Arbeit geleistet. Kintschers „Enthüllung“, dass mit Roland Meister gar ein Mitglied des ZK der MLPD bei uns kandidiert, kann jeder auf unserer Homepage nachlesen.

Überparteilich heißt für *Essen steht AUF*: Weltanschaulich offen ohne antikommunistische Ausgrenzung, aber nicht offen für Faschisten und Rassisten. Für unsere überwiegend parteilosen Mitglieder steht der sachbezogene Zusammenschluss im Vordergrund, ob man sich „links“, „radikaldemokratisch“ oder „bürgerbewegt“ fühlt. Dass dazu auch revolutionäre Marxisten gehören, ist in einer Zeit, in der Kapitalismuskritik und Karl Marx in aller Munde sind, eine Selbstverständlichkeit.

Warum sollten wir MLPD-Mitglieder ausgrenzen? Weil sie im Gegensatz zu den etablierten Parteien die tiefe Weltwirtschaftskrise und ihre verheerenden Folgen für die Kommunen nicht leugnen und herunterspielen? Weil sie den Kapitalismus in Frage stellen und für eine vom Profitstreben befreite Gesellschaft eintreten? Weil sie, ganz im Sinne unserer politischen Grundüberzeugung, die Menschen dazu ermutigen, selbst für ihre Interessen aktiv zu werden, statt auf bessere Stellvertreter in den Parlamenten zu hoffen? Zu einer solchen Ausgrenzung, wie sie auch noch nicht in allen Gewerkschaften überwunden ist, lassen wir uns weder durch Zensur noch durch Verleumdung erpressen.

Wer eine wirklich überparteiliche und unabhängige, fortschrittliche Kraft im Rat haben will, der wählt am 30. August Liste 9!